



**Presseinformation**

11. Mai 2009  
Seite 1 von 9

Staatskanzlei  
Pressestelle  
40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-1134 oder 1405  
Telefax 0211 837-1144

[presse@stk.nrw.de](mailto:presse@stk.nrw.de)  
[www.nrw.de](http://www.nrw.de)

**Rede**  
**von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers**  
**anlässlich des 2. Johannes-Rau-Gesprächs**  
**„60 Jahre Grundgesetz – Grundlage für Frieden,**  
**Freiheit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhun-**  
**dert?“**  
**am Montag, 11. Mai 2009 um 13 Uhr**  
**in der LV Nordrhein-Westfalen in Berlin**

**- Es gilt das gesprochene Wort! -**

Fast auf den Tag genau vor 60 Jahren hat der Parlamentarische Rat das Grundgesetz angenommen.

Am 8. Mai 1949.

Auf den Tag genau vier Jahre nach der totalen Kapitulation Deutschlands.

Vier Jahre nach dem Ende der Nazi-Barbarei.

Vier Jahre nach der Stunde Null.

Konrad Adenauer trat an diesem 8. Mai ans Mikrofon und sagte:

„Für uns Deutsche ist es der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933.“

So einfach. So schlicht. So richtig. So ergreifend.

Wir sollten uns heute daran erinnern: Kein Land hat jemals ein solche Niederlage erlebt.

Physisch, ökonomisch und vor allem moralisch.

Aber wir haben die Chance für einen Neuanfang bekommen.

Wir haben zu unseren Quellen zurückgefunden.

Zum christlichen Menschenbild und zur Aufklärung.

Zum Prinzip der Freiheit.

In diesen Tagen dürfen wir den 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland feiern.

60 Jahre Freiheit. 60 Jahre Demokratie. 60 Jahre solidarischer Sozialstaat.

### **Bekanntnis zum Grundgesetz**

Ich erinnere mich noch sehr gut an den 20. Juni 1991.

Das war knapp zwei Jahre nach dem Fall der Mauer.

Knapp ein Jahr nach der deutschen Einheit.

An diesem Tag haben wir Abgeordnete über den künftigen Sitz des Bundestags abgestimmt.

Es ging um Bonn oder Berlin.

Es ging auch um die Zukunft der Bonner Republik.

Wochenlang hat diese Frage alle anderen Themen in den Schatten gestellt.

Die Bundestagsfrage war viel mehr als nur eine Symbolfrage.

Ich habe mich damals für Bonn entschieden. Für mich war diese Entscheidung vor allem auch ein Bekenntnis zum Grundgesetz.

Denn auch darum ging es damals.

Die Frage war:

Braucht das geeinte Deutschland nicht nur eine neue Hauptstadt, sondern auch eine neue Verfassung?

Diese Frage hat uns in den 90er Jahren lange beschäftigt – Staatsrechtler, Politiker, Philosophen, die Öffentlichkeit.

Sie wird von manchen auch heute zwanzig Jahre nach dem Mauerfall wieder aufgeworfen.

Herr Müntefering hat vor kurzem beklagt, es sei ein Fehler gewesen, mit der deutschen Einheit keine neue gemeinsame Verfassung geschaffen zu haben.

Das wäre auch ein Grund, warum die innere Einheit Deutschlands bis jetzt nicht erreicht worden sei.

Wir bräuchten deshalb jetzt eine neue Verfassung.

Ich habe das damals für falsch gehalten.

Und ich halte das auch heute für falsch.

Das Grundgesetz ist die beste Verfassung, die Deutschland je hatte.

Es hat uns sechs Jahrzehnte Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert.

Es ist im wahrsten Sinne des Wortes unser Grundgesetz. Denn in ihm sind unsere grundlegenden Werte und Normen festgeschrieben.

Das kann man nicht einfach mal so eben neu formulieren.

In ihm ist zusammengefasst, was unsere Identität ausmacht.

Das Grundgesetz hat etwas in Deutschland historisch ganz Einmaliges geschaffen:

Nämlich einen grundlegenden Wandel im Staatsverständnis:

Der Staat ist für die Menschen da, nicht die Menschen für den Staat.

## **Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft leben von Werten, die sie selbst nicht schaffen können**

Unser Grundgesetz lebt von Voraussetzungen, die es selbst nicht schaffen kann.

Diese Voraussetzungen bestehen in einem Konsens über die elementaren Werte des jüdisch-christlichen Abendlands und der Aufklärung.

Dieser Wertekonsens darf nicht nur beschworen werden.

Sonst wächst die Gefahr, dass der Ehrliche der Dumme ist.

Werte müssen konkret sein.

Sie müssen sich in unseren Normen wie im politischen Handeln niederschlagen.

An den demokratischen Verfahren lässt sich ablesen, wie es um die Werte einer Gesellschaft bestellt ist.

Das gilt auch für die Soziale Marktwirtschaft.

Auch sie lebt von Werten, die sie selbst nicht schaffen kann.

Denn der Markt allein schafft keine Solidarität.

Den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft war das klar.

Einer ihrer wichtigsten Gründerväter, der Ökonom Wilhelm Röpke, hat das so formuliert:

„Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“

Die Erfolgsbedingungen des Marktes lagen für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft deshalb jenseits von Angebot und Nachfrage.

Ihnen war klar, dass es einen unlösbaren Zusammenhang gibt zwischen der Funktionsfähigkeit des Marktes und der Wirksamkeit eines gesellschaftlichen Wertekonsenses.

Wenn dieser Wertekonsens auf Dauer in Frage gestellt wird, legt man die Axt an den Ast, auf dem wir alle sitzen.

Wirtschaftlicher Erfolg verlangt deshalb soziale Verantwortung.

Sie ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammen hält.

Sie ist die Grundlage dafür, dass Freiheit und Sicherheit im Gleichgewicht sind.

Denn darum geht es.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Ansatz, um (...) das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden.“

Dieser Satz ist von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack.

Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit.

Und keine Sicherheit ohne Freiheit.

Beides gehört eng zusammen. Das war und ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Das war und ist ihr Erfolgsrezept.

### **Fortschritt ist kein Selbstzweck.**

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben immer wieder darauf hingewiesen:

Eine Wirtschaft, die zum Selbstzweck wird, gefährdet nicht nur ihre natürlichen Grundlagen.

Sondern sie zerstört auch eine humane Gesellschaftsordnung.

Der Respekt vor der Natur als Schöpfung Gottes und der Respekt vor der Würde des Menschen gehören zusammen.

Wir müssen langfristiger denken.

Nachhaltigkeit muss der Kompass sein.

Darüber hat im Jahr 2000 auch Johannes Rau vor der Hans-Böckler-Stiftung in Potsdam gesprochen.

Über das Unbehagen, dass die Logik der Wirtschaft in immer mehr Bereiche der Gesellschaft vordringen könnte.

Er hat darüber gesprochen, dass die Prinzipien der Wirtschaft nicht auch noch auf das Familien- und Privatleben übergreifen.

Seine Mahnung ist heute aktueller denn je.

Und ich füge hinzu: Auch die Bildung darf nicht völlig ökonomisiert werden.

Sie hat ihren eigenen Wert.

Mit ihren Anforderungen, ihrem Eigensinn, ihren besten Traditionen. Sie trägt ihren Lohn in sich.

Fortschritt ist wichtig, aber kein Selbstzweck.

Er darf nicht auf Kosten der menschlichen Würde gehen.

### **Wider den Materialismus**

Die Krise lehrt uns, dass es auf Werte ankommt. Mehr denn je.

Es war ein ungezügelter Materialismus, der uns in die tiefe Wirtschaftskrise gestürzt hat.

Und ein schrankenloser Individualismus.

Wenn beides in der Gesellschaft die Überhand bekommt, fällt sie auseinander.

Wir brauchen einen Wandel der Mentalitäten.

Es ist wichtig, dass die Menschen wieder mehr Zeit füreinander haben.

Dass sie *miteinander* leben statt *nebeneinander*.

Dass Familien zusammenstehen.

Dass Freunde füreinander da sind.

Und dass die Menschen einander beistehen, gerade wenn es mal nicht so gut läuft.

Das kann man aber nicht auf Knopfdruck abrufen.

Das muss man ein Leben lang leben – den Kindern vorleben.

Nicht die soziale Herkunft zählt, nicht das Einkommen oder das Amt.

Sondern Verantwortung zu übernehmen für andere: In der Familie In der Gemeinde. In Vereinen.

Die Zeit des schrankenlosen Individualismus ist vorbei.

Wir brauchen eine neue Kultur des Miteinanders.

### **Wir brauchen mehr Schutz des Privaten.**

Wenn wir die Krise überwinden wollen, müssen wir unsere kulturellen Grundlagen besser schützen.

Der Amoklauf in Baden-Württemberg sollte uns erinnern:

Die immer größere Zurschaustellung von Sex und Gewalt im Internet, Fernsehen oder Medien zerstört nicht nur Kinderherzen, sondern die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Es gibt kein globales Dorf, auch nicht im Internet.

Nicht alles ist möglich. Nicht alles ist machbar.

Nicht alles, was gefällt, ist erlaubt.

Nicht jede Behauptung, jedes Gerücht darf ungeprüft weiter verbreitet werden.

Wir brauchen einen stärkeren Schutz des Privaten.

Wir brauchen wohl auch eine Entschleunigung.

Mehr Zeit zum Nachdenken.

Zeit zum Miteinander-Reden.

Zeit der Ruhe und Besinnung.

Wir müssen den Wert der Muße wiederentdecken.

Ewig Gehetzte können nicht kreativ sein.

Normen und Werte dürfen nicht permanent in Frage gestellt werden.

Sonst werden wir handlungsunfähig.

Handeln kann nur, wer auch an etwas glaubt.

### **Wir müssen die Institutionen stärken**

Ich mache mir Sorgen um unsere Gemeinwesen.

Nach aktuellen Umfragen glaubt jeder dritte Bundesbürger nicht mehr, dass die Demokratie wichtige Probleme wirksam zu lösen vermag. In Ostdeutschland sind sogar über die Hälfte der Befragten dieser Meinung.

Die Zahl der an Politik interessierten jungen Menschen liegt in Deutschland nach der jüngsten Shell-Jugendstudie bei unter 40 Prozent.

Es macht mich besorgt, dass immer mehr Menschen den Parteien, den Gewerkschaften oder den Kirchen den Rücken kehren.

Eine humane Ordnung lebt aber davon,  
dass die Menschen sich für das Gemeinwohl einsetzen.  
Dass sie die Institutionen der Gesellschaft mit Leben erfüllen.  
Kein Staat kommt ohne Institutionen aus.  
Wir dürfen sie nicht schwächen, wir müssen sie stärken.

Entscheidend ist, Verantwortung für andere zu übernehmen.  
In der Familie. In der Gemeinde.  
Auch in der Politik. Und als Unternehmer.  
Viele machen das schon.  
Aber es müssen noch mehr werden.

### **Wir brauchen eine Rückbesinnung auf unsere Grundlagen**

Wir brauchen jetzt eine Rückbesinnung auf unsere Grundlagen.  
Dann wissen wir, welche Gesellschaft wir in Zukunft wollen.  
Es ist eine Gesellschaft, in der Menschen von ihrer Arbeit leben können.  
Nicht, weil der Staat einen Mindestlohn vorschreibt.  
Sondern weil wir uns von Geschäftsmodellen verabschiedet haben, die  
Menschen ausbeuten.

Es ist eine Gesellschaft, in der Menschen in Führungspositionen sitzen.  
Nicht weil für sie der Anreiz in der Höhe des Gehalts besteht, sondern in  
der Übernahme von Verantwortung.  
Nicht weil sie das eigene Konto im Blick haben.  
Sondern den Dienst an der Sache und den Dienst am Menschen.

Es ist eine Gesellschaft, für die Wirtschaft mehr ist als Geld. Eine Ge-  
sellschaft, die sich darauf besinnt, dass Kredit nicht nur etymologisch  
etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun hat.

Es ist eine Gesellschaft, in der Macht nicht an Posten und Stühle ge-  
bunden ist.  
Sondern an Verantwortung.  
In der Freiheit nicht nur als Freiheit von Zwängen verstanden wird.  
Sondern auch als Freiheit zur Pflicht begriffen wird.

Es ist eine Gesellschaft, in der nicht jeder dauernd nach dem Staat ruft, wenn er ein Problem hat.

Sondern der zuerst einmal fragt, was er selbst für die Gesellschaft und für sein Land tun kann.

Aber es ist auch eine Gesellschaft, die einen starken Staat hat. Einen Staat, der sich nicht von Interessengruppen gängeln lässt.

Einen solidarischen Sozialstaat, der Grundregeln der Gerechtigkeit und Solidarität folgt.

Auf den sich die Menschen verlassen können, wenn sie in Not geraten.

Johannes Rau hat in seiner Abschiedsrede als Bundespräsident gesagt, es gebe

„genug Gründe darauf zu vertrauen, dass wir Deutschland die Zukunft meistern werden.“

Einmal mehr hatte er damit Recht.

Und ich füge hinzu: Es gibt kein sozialistisches, konservatives oder liberales Deutschland. Es gibt nur ein Deutschland – unser Deutschland!